

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Markus Blume u. a. und Fraktion (CSU)

**Kompetenzen der heimischen Luft- und Raumfahrt langfristig erhalten und stärken
(Drs. 17/1436)**

– Federführung –

Berichterstattung: Markus Blume (CSU)

Mitberichterstattung: Annette Karl (SPD)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Luft- und Raumfahrt als strategische Schlüsselindustrie und Zukunftsbranche in Bayern nachhaltig sichern

(Drs. 17/1469)

– Federführung –

Berichterstattung: Annette Karl (SPD)

Mitberichterstattung: Markus Blume (CSU)

Vorsitz: Erwin Huber (CSU)

Abg. Markus Blume (CSU) führt aus, das den beiden Dringlichkeitsanträgen zugrunde liegende Thema habe die Staatsregierung und viele Abgeordnete in den vergangenen Monaten beschäftigt. Einer der bedeutendsten Luft- und Raumfahrtkonzerne, Airbus Defence and Space, habe angekündigt, wesentliche Umstrukturierungen an den bayerischen Standorten vorzunehmen, soweit der militärische Bereich betroffen sei. Hintergrund sei eine veränderte Auftragslage bzw. nicht eingetretene Anschlussbeschaffungen. Der Konzern müsse deswegen die betriebswirtschaftlichen Weichen neu stellen.

Aus bayerischer Sicht seien die Veränderungen schmerzhaft, weil insbesondere jene Standorte betroffen seien, an denen Bayern in der Vergangenheit traditionell besonders stark gewesen sei. Die Konsequenzen schlugen in besonderer Weise durch.

Die CSU-Fraktion lege der weiteren Beratung des Dringlichkeitsantrags auf Drucksache 17/1436 die folgende Umformulierung zugrunde:

Kompetenzen der heimischen Luft- und Raumfahrt langfristig erhalten und stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich klar zur wehrtechnischen Industrie im Luft- und Raumfahrtbereich und den damit verbundenen Arbeitsplätzen in Bayern.

Der Landtag begrüßt den bisherigen Einsatz der Staatsregierung seit Bekanntwerden der Umstrukturierungspläne bei Airbus, der darauf ausgerichtet ist, den angekündigten Stellenabbau zu minimieren und wichtige Kompetenzen der Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern zu erhalten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass der Stellenabbau von Airbus Defence and Space an den bayerischen Standorten sowie die Schließung des Standorts in Unterschleißheim tatsächlich sozialverträglich geschieht und keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen;
2. darzustellen, wie die Airbus-Standorte in Bayern gestärkt werden können;
3. darauf hinzuwirken, dass auch für die nicht zur Airbus Group gehörenden Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern weiterhin positive Rahmenbedingungen bestehen; diese – teilweise mittelständischen – Unternehmen, die über hervorragende Technologien und Fähigkeiten verfügen und in den letzten Jahren für Wachstum in dieser Branche gesorgt haben, gilt es, zu begleiten und politisch zu unterstützen;
4. sich dafür einzusetzen, dass die Aktivitäten wie am Ludwig Bölkow Campus in Otto- brunn weiterhin unterstützt werden und somit die Standorte Otto- brunn und Manching gestärkt werden;

5. aufzuzeigen und auf Grundlage der bayerischen Luftfahrtstrategie zu berichten, wie langfristig die Kompetenzen der Luftfahrtindustrie, insbesondere die Systemfähigkeit, in Bayern erhalten und gestärkt werden können und wie Bayern vom prognostizierten globalen Umsatzwachstum der Luftfahrtindustrie profitieren kann; zur mittel- und langfristigen Sicherstellung der Systemfähigkeit und damit verbundenen Arbeitsplätze in Bayern ist es insbesondere erforderlich, bei der Bundesregierung und auf europäischer Ebene das unbemannte Fliegen stärker zu fördern;

6. sich dafür einzusetzen, dass der Radarbereich von Airbus Defence and Space in Unterschleißheim nach Ottobrunn verlagert wird, um insbesondere auch die Kompetenz beim System COBRA – Counter Battery Radar (Artillerieortungsradar) in Bayern zu erhalten;

7. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Kompetenzen beim Bau von Trägern für den Raumtransport, die in den letzten 25 Jahren im Ariane-Programm unter Beteiligung bayerischer Unternehmen entstanden sind, für die Zukunft erhalten und weiterentwickelt werden. Bei der ESA-Ministerkonferenz im Dezember dieses Jahres stehen wesentliche Entscheidungen über die Weiterentwicklung der europäischen Ariane-Programme an.

Die Forderung, den Radarbereich von Airbus Defence and Space in Unterschleißheim nach Ottobrunn zu verlagern, bewege sich im Grenzbereich. Schließlich sei es schwierig, von politischer Seite einem Unternehmen Vorschriften zu machen, das aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen handeln müsse. Das politische Signal sollte dennoch gegeben und die bayerischen Interessen sollten artikuliert werden. Dem Dringlichkeitsantrag sollte in der geänderten Fassung zugestimmt werden.

Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/1469 gehe in die gleiche Richtung wie der CSU-Antrag. Die Aufforderung in der Nummer 1, einen Schutzschirm für die Beschäftigten zu schaffen, gehe jedoch zu weit, weil sich der Konzern nicht in einer Notlage befinde. Selbst in diesem Fall wäre es Aufgabe des Unternehmens, einen Schutzschirm bzw. eine Auffanggesellschaft für die betroffenen Beschäftigten zu errichten. Mit einer Umformulierung könnte der Nummer 1 zugestimmt werden (siehe Beschluss).

In der Nummer 2 des SPD-Dringlichkeitsantrags werde auf die Zukunft des Eurofighter abgestellt. Auch die internationalen Partner im Konsortium wollten die im Antrag genannte "Tranche 3b" nicht mehr abnehmen. Vor diesem Hintergrund habe es keinen Sinn, die Abnahme zu fordern. Die Fortführung der Mehrrollenfähigkeitsentwicklung des Eurofighter sei dennoch richtig, die neue Exportchancen eröffnen könne. Statt "(Tranche 3b)" sollte "(Mehrrollenfähigkeit)" gesetzt werden.

Die Nummer 3 werde von der CSU mitgetragen.

Die Nummer 4 sei ebenso zu unterstützen mit den zuvor gemachten Einschränkungen.

Die Nummer 5 sei zustimmungsfähig, soweit darin die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung an den Standorten durch eine Förderung von Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in diesem Bereich gefordert werde. Die zudem beantragte Einrichtung eines Technologieparks am Standort Manching wäre in Zusammenschau mit den Anregungen der CSU-Fraktion eher eine Doppelung und wäre der Zielsetzung nicht zuträglich. Zum Charakter Manchings als Betriebs- und Servicestandort würde das nicht passen. In der Nummer 5 sollte deshalb der zweite Halbsatz gestrichen werden.

Die Aufforderung in der Nummer 6 des SPD-Antrags klinge gut, dass die Bundesrepublik Deutschland ihren Einfluss geltend machen solle, um einen Teil der Führungsgremien von EADS wieder von Frankreich nach Deutschland zurück zu verlagern. Airbus versuche, den Konzern vor allem nach betriebswirtschaftlichen Erwägungen aufzustellen. Airbus sei selber nicht mit der Zusammensetzung der Führungsmannschaft in Toulouse zufrieden. Deutschland sei unterrepräsentiert. Von politischer Seite könne Airbus aber schwerlich vorgegeben werden, die mühsam errungenen Freiheiten wieder zurückzunehmen. Die Nummer 6 sei deshalb abzulehnen.

Der Nummer 7 sei zuzustimmen. Die militärische Luftfahrtstrategie müsse auf Bundesebene fertiggestellt werden.

Abg. Annette Karl (SPD) betont, der SPD sei die Situation bei Airbus Defence and Space sehr wichtig. Die Auswirkungen auf die Beschäftigten seien zu beachten. Der Arbeitsmarkt

in der Region sei zwar sehr aufnahmefähig; das bedeute aber nicht, dass ein auf militärisches Fluggerät spezialisierter Ingenieur ohne Weiteres eine neue Beschäftigung finde. Die Situation sei im Sinne der Beschäftigten sehr genau zu beobachten.

Bayern habe traditionell sehr hohe Kompetenz in der Luft- und Raumfahrt. Die Gefahr bestehe, dass Bayern auch in diesen Bereichen die technologische Führerschaft verliere. Diese Entwicklung sei in Deutschland in vielen Bereichen zu beobachten, zum Beispiel bei Mobiltelefonen. Für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, aber auch Bayerns sei dieser Verlust an Kompetenzen ein Problem. Die technologische Führerschaft in der Luft- und Raumfahrtindustrie müsse erhalten werden.

Die Äußerung des Ministerpräsidenten, er habe Verständnis dafür, dass in dem Bereich Personal entlassen werde, wenn kein militärisches Gerät mehr benötigt werde, sei nicht hilfreich. Das eine bedinge das andere; deshalb werde die Forderung in der Nummer 7 des Antrags erhoben.

In der Nummer 1 des SPD-Dringlichkeitsantrags sei statt "EADS-Divisionen" "Airbus Defence and Space" zu setzen. In der Nummer 1 gehe es in erster Linie um die Abwendung betriebsbedingter Kündigungen. Mit der von der CSU gewünschten Streichung der Wörter "einen Schutzschirm für die Beschäftigten zu schaffen und" sei sie einverstanden.

Auch mit der vorgeschlagenen Änderung in der Nummer 2 sei sie einverstanden, statt "(Tranche 3b)" "(Mehrrollenfähigkeit)" zu setzen. Es gehe darum, eine Zukunftsperspektive für den Eurofighter zu entwickeln, um neue Marktchancen zu generieren. Die Konventionalstrafen bei Nichtabnahme zu bezahlen, sei ein sehr teures und sinnloses Unterfangen.

Der Nummer 3 liege die Hoffnung zugrunde, dass die hohe technologische Kompetenz im Bereich Luft- und Raumfahrt in Bayern erhalten bleibe. Die Politik müsse sich militärstrategisch Gedanken darüber machen, ob den Anregungen des Rechnungshofs gefolgt werde, alles militärische Gerät nur noch bei Verbündeten einzukaufen. Mit Blick auf den NSA-Abhörskandals müsse gefragt werden, ob besser auf die eigenen Fähigkeiten vertraut werde.

Auch mit der Änderung der Nummer 5 sei sie einverstanden. Der Satz solle "an den Standorten zu sichern" enden.

Zu Nummer 6: EADS gehöre zum großen Teil den europäischen Staaten. Vor diesem Hintergrund dürfe der Wunsch geäußert werden, dass die Bundesregierung ihren Einfluss auf die Führungsgremien bei EADS geltend mache. Je mehr Entscheidungsträger aus anderen Staaten den Führungsgremien angehörten, desto negativer würden die Entscheidungen für Deutschland in dem Konzern. Über die Nummer 6 sollte getrennt abgestimmt werden. Falls die Nummer 6 keine Mehrheit finde, solle über den Dringlichkeitsantrag ohne die Nummer 6 abgestimmt werden.

Neben einer zivilen Luftfahrtstrategie müsse auch eine militärische Luftfahrtstrategie erarbeitet werden.

Dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/1436 werde in der vorgelegten Fassung zugestimmt.

Abg. Markus Ganserer (GRÜNE) betont, den GRÜNEN sei das Schicksal der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Airbus Defence and Space nicht gleichgültig. Die Umstrukturierungspläne rührten daher, dass die Rüstungsausgaben weltweit rückläufig seien. Diese Entwicklung sei positiv. Wenn sich die beiden Dringlichkeitsanträge darauf beschränken würden, dass von staatlicher Seite die Umstrukturierung begleitet werde, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, könnten die GRÜNEN zustimmen. Problematisch seien jedoch die Bekenntnisse und Forderungen hinsichtlich der Rüstungsindustrie. Deutschland sei bei Rüstungsexporten nach wie vor führend. Die Richtlinien für und Kontrollen von Rüstungsexporten würden viel zu lax gehandhabt. Solange das der Fall sei, könne den Dringlichkeitsanträgen nicht zugestimmt werden.

Da es im Landtag zum guten Ton gehöre, Berichtsanträgen zuzustimmen, sollte über die Nummern 2 und 5 des geänderten CSU-Dringlichkeitsantrags 17/1436 getrennt abgestimmt werden.

Im Übrigen enthielten sich die GRÜNEN zu beiden Dringlichkeitsanträgen.

Abg. Bernhard Roos (SPD) steht auf dem Standpunkt, dass sich die Politik der Realität in einer nicht immer friedlichen Welt stellen müsse. Trotz pazifistischer Intentionen müsse in militärischer Hinsicht Vorsorge für derzeit kaum vorstellbare Eventualitäten getroffen werden. Die Art und Weise von Verteidigung sei im Wandel. Die Abhängigkeit von den USA sei in vielen Bereichen zu groß.

Die Vernetzungen der Branchen und deren Tätigkeit müssten immer wieder neu justiert werden. Die Politik trage Mitverantwortung für die Arbeitsplätze. Zwar könne über den Einsatz von militärischem Gerät philosophiert werden. Die Notwendigkeit, Mittel zur Verteidigung vorzuhalten, stehe jedoch außer Frage. Die deutschen Soldatinnen und Soldaten müssten im Einsatzfall mit dem bestmöglichen Material ausgestattet werden, um deren Leben zu schützen. Ein klares Bekenntnis zu dieser Technologie sei wichtig.

Für die Beschäftigten, die von der Umstrukturierung betroffen seien, sei es nicht hilfreich, darauf hinzuweisen, dass es sich in der Regel um Gutverdiener handle, die schnell wieder eine Beschäftigung finden könnten. Die Erfahrung zeige, dass sich ein Arbeitnehmer nach dem Arbeitsplatzwechsel auf der Karriereleiter weiter unten einreihe. Die sehr stabile Vergütung bei Airbus sei in anderen Unternehmen wegen der in vielen Fällen fehlenden Mitbestimmung nicht unbedingt gewährleistet.

Mit den genannten Änderungen sollte beiden Dringlichkeitsanträgen zugestimmt werden.

Abg. Jürgen Baumgärtner (CSU) bezeichnet die Position der GRÜNEN als "verlogen und verantwortungslos". Einerseits seien die GRÜNEN an der Entsendung deutscher Soldatinnen und Soldaten in Einsätze beteiligt. Andererseits stellten sich die GRÜNEN bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die europäische Rüstung. Die GRÜNEN sollten sich auf ihre früheren Ideale als Friedensbewegung zurückbesinnen oder ihre politischen Ansichten ändern und sowohl die Einsätze als auch die Rüstung mittragen. Die widersprüchlichen Meinungsäußerungen vonseiten der GRÜNEN seien unpassend.

Abg. Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER) kündigt Zustimmung der FREIEN WÄHLER zu beiden Dringlichkeitsanträgen an. Auch die zivile Luftfahrt sollte stärker in den Fokus ge-

nommen werden. Die Kompetenzen von Fachleuten im militärischen Geschäft würden zwar nur bedingt im zivilen Geschäft nachgefragt. Von den Aufträgen für den Airbus-Konzern profitiere vorwiegend der Norden Deutschlands. Deshalb müsse darüber nachgedacht werden, wie sich der Airbus-Konzern aufstelle, damit auch Bayern am starken Zuspruch für Airbus-Flugzeuge partizipiere.

Abg. Markus Blume (CSU) pflichtet bei, Kern der Überlegungen sei, nicht nur zu versuchen, die Standorte mit militärischer Bedeutung in die Zukunft zu führen, sondern zu überlegen, wie Aufgaben, die aufgrund der historischen Entwicklung anderswo angesiedelt seien, nach Bayern verlagert werden könnten. Die Kompetenzen im Flugzeugbau seien sehr vergleichbar. In einem Konzern mit sehr langen Investitionszyklen könnten Aufgaben nicht ohne Weiteres von einem Tag auf den anderen verlagert werden. In den Anträgen gehe es darum, eine ausbalancierte Perspektive für die Standort in Bayern darzustellen.

Die Politik müsse ein Bekenntnis zur Rüstungsindustrie abgeben. Das Bekenntnis zum Standort könne nicht nur dann abgegeben werden, wenn Arbeitsplatzverlust drohe, sondern auch in Wahlkampfzeiten müsse Farbe bekannt werden. Dass sich die CSU-Abgeordnete Schreyer-Stäblein und der CSU-Bundestagsabgeordnete Hahn in Unterschleißheim Demonstrationen von SPD-Bundestagskandidatinnen gegen die Rüstungsindustrie gegenübersehen, sei bedenklich.

Abg. Martin Stümpfig (GRÜNE) betont, die GRÜNEN vermissten im Antrag der CSU die zivile Komponente für einen Umbau von der militärischen Nutzung zur zivilen Nutzung. Deutschland sei nach wie vor einer der Hauptexporteure von Rüstungsmaterial. Deutschland sei in keiner Weise darauf angewiesen. Der Umbau könne gestaltet und die Arbeitsplätze erhalten werden.

Auch die GRÜNEN hätten ein Interesse daran, die deutschen Soldatinnen und Soldaten in Einsätzen zu schützen. Die Argumentation des Abgeordneten Baumgärtner gehe in eine falsche Richtung.

Beschluss:

Zustimmung zu den Nummern 2 und 5 des CSU-Dringlichkeitsantrags 17/1436 in der geänderten Fassung (siehe oben)

(einstimmig)

Zustimmung im Übrigen zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/1436 in der geänderten Fassung (siehe oben)

(mit den Stimmen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER bei Stimmenthaltung der GRÜNEN)

Zustimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/1436 insgesamt in der geänderten Fassung (siehe oben)

(mit den Stimmen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER bei Stimmenthaltung der GRÜNEN)

Ablehnung der Nummer 6 des SPD-Dringlichkeitsantrags 17/1469

(mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und der FREIEN WÄHLER bei Stimmenthaltung der GRÜNEN)

Zustimmung im Übrigen zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/1469 mit folgenden Maßgaben:

- 1. In der Nummer 1 werden die Wörter "einen Schutzschirm für die Beschäftigten zu schaffen und" gestrichen und der Begriff "EADS-Divisionen" durch die Wörter "Airbus Defence and Space" ersetzt.*
- 2. In der Nummer 2 wird der Klammervermerk "(Tranche 3b)" durch "(Mehrrollenfähigkeit)" ersetzt.*

3. In der Nummer 5 werden die Wörter " und in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Technologieparks am Standort Manching nachhaltig voranzutreiben und zu unterstützen" gestrichen.

(mit den Stimmen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER bei Stimmenthaltung der GRÜNEN)

Zustimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/1469 insgesamt mit der Maßgabe der Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen

(mit den Stimmen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER bei Stimmenthaltung der GRÜNEN)